

Pressemitteilung des VEWSaar e.V.
09.09.2019

„Chancen und Risiken der Energiewende für das Energie- und Industrieland Saarland“
Veranstaltung des BDEW e.V. und VEWSaar e.V. | Freitag, 6. September 2019

Energiewende auf dem Prüfstand – Ohne Trendwende sieht es beim Klimaschutz dunkel aus

Geht der Energiewende so langsam aber sicher die Puste aus? 2022 schaltet das letzte Atomkraftwerk ab, 2038 aller Voraussicht nach das letzte Kohlekraftwerk. Sonne, Wind und Co. sollen es richten. Doch selbst das Ziel, bis 2030 rund 65 Prozent des Stroms in Deutschland aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen, ist in großer Gefahr, wenn nicht endlich gegengesteuert wird. Zwar stammen in Deutschland laut Angaben des Branchenverbands BDEW rund 40 Prozent des verbrauchten Stroms aus regenerativen Quellen - im Saarland sind es lediglich 18 Prozent -, doch der weitere Ausbau stockt. Langwierige Genehmigungsverfahren, komplizierte Ausschreibungsverfahren, massive Akzeptanzprobleme der Bürger gegenüber Windkraftanlagen sorgen für eine regelrechte Flaute beim Ausbau der Windenergie, die den überwiegenden Teil der regenerativen Stromerzeugung ausmacht. Und auch beim Zubau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik sieht es nicht besser aus.

Wie soll die Energiewende vorangebracht werden, ohne die ehrgeizigen Ziele beim Klimaschutz zu gefährden und gleichzeitig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für den Industriestandort Saarland zu garantieren? Über Lösungswege diskutierten namhafte Vertreter aus Politik und Wirtschaft Anfang September in der Congresshalle Saarbrücken. Eingeladen hatte der BDEW e.V. gemeinsam mit dem saarländische Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft VEWSaar e. V.

Beim Strompreis Ende der Fahnenstange erreicht

Ein „weiter so“ könne und dürfe es bei der Energiewende nicht geben, solle der Industriestandort Saarland nicht in Gänze gefährdet werden, betonte Vorstandsvorsitzende des VEWSaar, Dr. Hanno Dornseifer, in seiner Begrüßung. „Schon seit Jahren verlassen Millionenbeträge über die EEG-Umlage das Saarland und das wird sich weiter verschärfen, da das Zubaupotential mangels windhöfiger Standorte sehr begrenzt ist und das bei gleichzeitigem Rückgang der Kohleverstromung.“ Die ständig steigende Gesamtbelastung des Stroms durch Steuern und Abgaben sorge für eine teils existenzbedrohende Situation von Industrie und Gewerbe. Ein Hoffnungsschimmer für das Saarland sei zumindest die Zusage aus Berlin, Gelder aus den Milliardentöpfen zum Strukturwandel in den Kohleländern zu bekommen. Dr. Hanno Dornseifer forderte auch eine höhere Eigenkapitalverzinsung bei Investitionen in Netze, die für die Energiewende ebenso existenziell sind.

Dringenden Handlungsbedarf der Politik bei den Strompreisen sieht auch Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung in Berlin. „Deutschland liegt in Europa in der Spitzengruppe. Der Grund liegt in öffentlichen Abgaben und Steuern, die bei Haushaltskunden mittlerweile 54 Prozent betragen und bei der Industrie rund 50 Prozent.“ Das Ende der Fahnenstange sei erreicht, Industrie, Gewerbe und Haushalte könnten nicht weiter belastet werden. Die Gesamtbelastung lag 2018 bei fast 36 Milliarden Euro, davon allein 22,7 Milliarden Euro aus der EEG-Umlage. Ein Nachjustieren der EEG-Abgabe sei unumgänglich. Ungemach droht zudem durch die derzeit diskutierte Einführung einer CO₂-Steuer.

Vor einer weiteren Belastung der Industrie warnte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Stahl Holding Saar, Tim Hartmann. „Höhere Logistik-, Strom-, Arbeits- und Umweltkosten konnten wir bisher kompensieren, aber weitere Kostensteigerungen durch CO₂-Bepreisung werden für den Standort Saarland nicht folgenlos bleiben, da wir diese Kosten nicht an unsere Kunden weitergeben können.“ Die saarländische Stahlindustrie stehe in den nächsten Wochen vor wichtigen millionenschweren Investitionsentscheidungen und neue Technologien mit dem Einsatz von Wasserstoff seien im großindustriellen Stil einfach noch nicht umsetzbar. „Die Dringlichkeit, jetzt zu entscheiden und zu handeln, ist extrem hoch.“

Ausufernde Bürokratie

Wirtschaftsstaatssekretär Andreas Feicht als Vertreter der Bundesregierung weiß um die Herausforderungen und Dringlichkeit der Energiewende. Das Klimaschutzkabinett stehe vor der schwierigen Aufgabe, die Klimaziele in allen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft durchzusetzen. Im Interesse der Versorgungssicherheit sei ein Ausstieg aus der Kohleverstromung vor 2038 nicht zu machen, da das System schrittweise an die dezentrale Versorgung herangeführt werden müsse. „Erschwerend hinzukommt, dass es zu wenig Genehmigungen für dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen beim Netzausbau und bei Windkraftanlagen gibt. Und die werden außerdem zu 80 Prozent von Einzelpersonen oder Bürgerinitiativen beklagt“, so die nüchterne Erkenntnis.

Die saarländische Wirtschafts- und Energieministerin Anke Rehlinger beklagt die vielen Reglementierungen wie etwas zwei Jahre für die Genehmigung eines Radwegs oder das Beibringen von über 20 Gutachten für den Bau einer Windkraftanlage. Außerdem sei die ständige Verschärfung der Ziele kontraproduktiv. „Es ist wichtig, nun auch Maßnahmen vor Ort umzusetzen.“ Sie plädiert daher für eine aktive und präventive Strukturpolitik, die vom Bund finanziell unterstützt werden solle. Im Bereich Wasserstoffnutzung hat das Saarland mit dem Projekt in Völklingen-Fenne das Potential zur Modellregion. Im Bereich Photovoltaik ist eine Verordnung in Kraft, die den Zubau auf minderwertigen Äckern vorsieht. „Weitere 100 MW sind im Saarland möglich.“ Bewegung gibt es auch beim Kommunal selbstverwaltungsgesetz, das Stadt- und Gemeindewerke bei ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten bisher einschränkt.

Mehr Tempo und Bewegung fordert Dr. Ralf Levacher, Geschäftsführer der Stadtwerke Saarlouis, von der Politik. „Das sich ständige Überbieten und Höherlegen der Messlatte behindert seit Jahren das Rollout der intelligenten Zähler. Dabei hat die Politik die Smart Meter sogar selbst gefordert.“

Landesbezirksleiter ver.di Rheinland-Pfalz/ Saarland, Michael Blug, betont die wirtschaftliche Bedeutung der Energiewirtschaft für das Saarland. „900 Millionen Euro Umsatz und rund 3.500 Beschäftigte leisten einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung im Saarland. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen ebenso wie eine Anschubfinanzierung für notwendige Investitionen.“ Wichtig sei auch, „dass Entscheidungen in der Energiewirtschaft für das Saarland auch im Saarland entschieden werden“, so Michael Blug.

Das Fazit ist klar und deutlich: Noch gehen am Industriestandort Saarland die Lichter nicht aus, aber für politisches Taktieren bleibt keine Zeit mehr. Für das Gelingen der Energiewende müssen alle Mitstreiter an einem Strang ziehen und kompromissbereit sein. Ohne Industrie verliert auch die Energiewirtschaft im Saarland ihre Existenzberechtigung.

Ansprechpartner:

Martin Bock
Geschäftsführer
Verband der Energie- und Wasserwirtschaft des Saarlandes e.V.
Nell-Breuning Allee 6, 66115 Saarbrücken
Telefon: +49 681 976 1793 0
Mobil: +49 175 722 3860
Mail: <mailto:martin.bock@vewsaar.de>
www.vewsaar.de



VLNR:

Michael Blug | Landesbezirksleiter ver.di Rheinland-Pfalz/Saarland
Dr. Ralf Levacher | Technischer Geschäftsführer Stadtwerke Saarlouis GmbH
Tim Hartmann | Vorstandsvorsitzender von Dillinger und Saarstahl
Anke Rehlinger | Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Stefan Kapferer | Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des BDEW e. V.
Andreas Feicht | Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Moderation: Michael Thieser



Andreas Feicht | Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie